

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

1.12.1869 (No. 282)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 1. Dezember.

N. 282.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Telegramme.

Florenz, 30. Nov. Die „Opinione“ sagt, die Verhandlungen über die Bildung des neuen Kabinetts seien im besten Fortgang. Castagnola hat seinen Eintritt zugesagt. Saracco soll Generalsekretär, im Finanzministerium werden. — Graf Beust wird morgen (in Florenz?) erwartet. — Die Kaiserin von Oesterreich wird morgen inognito durch Bologna reisen, auf dem Wege nach Rom. — Graf Trautmanndorf hat dem Papst seine Beglaubigungsschreiben überreicht. — Die Kaiserin Eugenie hat sich gestern nach Catania begeben und ist Abends nach Messina zurückgekehrt.

Paris, 29. Nov. Nach der „Patrie“ ist die Pforte entschlossen, ein Ultimatum an Egypten zu richten, aber vorerst keine Flotte hinzuschicken. Mehrere Blätter melden, daß die Großmächte bemüht sind, den Streit beizulegen.

Madrid, 30. Nov. Die „Correspondencia“ versichert, eine italienische Deputation, V. Emanuel bedauere das Mißverständnis in Betreff der Kandidatur des Herzogs von Genoa; er wolle sich dem Willen der dem Projekt abgeneigten Mutter des Herzogs nicht entgegenstellen, er werde jedoch versuchen, möglichst auf sie einzuwirken.

London, 30. Nov. Die „Times“ hält die Wiener Nachrichten über die bevorstehende Absetzung des Vizekönigs von Egypten, eventuell über einen Krieg für unglaublich unwahrscheinlich.

Neu-York, 29. Nov. Die Bonds- und Goldverkäufe werden im Dezember fortgesetzt.

Deutschland.

München, 28. Nov. Das Gesammtstaatsministerium hat gestern Abend in Folge des Ergebnisses der Wahlen den König um seine Entlassung gebeten.

München, 29. Nov. (Bayr. Bl.) Die Versammlung der Liberalen im Volkstheater war außerordentlich zahlreich besucht. Eine Anzahl Sozialisten versuchte mehrmals die Versammlung zu stören, doch ohne Erfolg. Nach einigen Reden wurde die Resolution zu Gunsten der Erhaltung des Ministeriums (s. gestr. Bl.) unter großem Jubel angenommen. Die Handels- und Gewerbekammer von Oberbayern, durchdrungen von dem Bewußtsein, daß die Prinzipien des gegenwärtigen Ministeriums zur Förderung der Gewerbeinteressen die einzig richtigen sind, hat an den König telegraphisch die Bitte gerichtet, das bisherige Ministerium beibehalten zu wollen.

Darmstadt, 29. Nov. Abgeordnetenkammer. Die Abg. Bernher, Kraft, Dumont und v. Löw interpelliren die Regierung darüber, ob sie der Bau von Süddeutschland gestatte, Noten zum dreifachen Betrage des Aktienkapitals anzugeben. Die Abgeordneten behalten sich Weiteres vor.

Berlin, 28. Nov. Der Handelsminister hat in seinem Bericht auf den Jahresbericht einer Handelskammer ausgesprochen, daß in Bezug auf den Abschluß von Handelsverträgen mit fremden Staaten, sowie bei Konzessionstheilnahmen zur Anlage von Eisenbahnen, Kanälen u. d. d. h. den Handelskammern mit ihren Gutachten gehört werden solle, was nach der Meinung der königl. Behörden sich dazu eignen würde ein geeigneter Anlaß bietet. Außerdem soll es nach der weiteren Kundgebung des Ministers den Handelskammern überhaupt unbenommen bleiben, in den bezeichneten Angelegenheiten ihre Wahrnehmungen und Ansichten nach eigenem Ermeßen zur Kenntniß der Behörden zu bringen.

Die Handelskammer von Papenburg im Hannover'schen hat in ihrem Jahresbericht das Bedürfnis einer Korrektur des Jahrbuchers in mehreren Theilen des Geschäfts zur Sprache gebracht. Vom Handelsminister ist hierauf der Bescheid erteilt, dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover sei der Antrag zugegangen, bezüglich einer Korrektur des Geschäfts Jahrbuchers zwischen Meppen und Papenburg diejenigen Stellen ermitteln zu lassen, wo sich eine besondere Dringlichkeit der Verbesserung ergebe. Zugleich wird erklärt, daß die Ausführung der erforderlichen Arbeiten nach Maßgabe der verfügbaren Mittel ungehindert vorbereitet werden solle.

Berlin, 29. Nov. (Köln. Ztg.) Gutem Vernehmen nach besteht das Ultimatum der Pforte an den Vizekönig von Egypten in einem Ferman, der die früheren Fermane authentisch interpretirt und den Vizekönig zu der Erklärung auffordert, ob er diese Interpretation anerkenne, wonach die Pforte ihre Maßregeln treffen werde. Angesichts der Haltung der Mächte im türkisch-egyptischen Streit wird allgemein angenommen, daß der Vizekönig nachgeben werde.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 29. Nov. Die Pforte hat sich, unter einer Verwahrung, die sich so ziemlich von selbst versteht, bereit erklärt, auf die zur Lösung des Konflikts mit Egypten vorgeschlagene Form eines „Firman explicatif“ einzugehen, und es sind vorläufig Oesterreich und die Westmächte entschlossen, falls die darin gegebene Interpretation von dem Vizekönig bestritten werden sollte, die Angelegenheit vor das Forum

einer jener Konferenzen ad hoc zu bringen, denen es bereits mehrmals gelungen, eine brennende Streitfrage zum friedlichen Austrag zu bringen.

Castellnuovo, 29. Nov. Da die Telegraphenverbindung zwischen Risano und Komor gestört ist, überbrachte Major Kobold mittelst des Dampfers „Vorwärts“ Depeschen von General Auersperg zur Weiterbeförderung hieher. Die Befestigungsarbeiten oberhalb Risano schreiten fort. Sonst ist Alles in Ordnung.

Rumänien.

Bukarest, 27. Nov. In der bereits kurz signalisirten Thronrede erwähnt Fürst Karl die Besuche, welche er an fremden Höfen gemacht hat, und sagt:

Die Aufmerksamkeit, welche ihm von Seiten der Souveräne zu Theil geworden, fallen auch auf die rumänische Nation zurück, welche den Großmächten dadurch zu neuem Danke verpflichtet wurde. Nachdem der Verdacht geschwunden und das Vertrauen wieder hergestellt sei, dürfe man hoffen, daß die Beziehungen des Landes zu den hohen garantirenden Mächten einen, den Interessen des ersteren günstigeren Charakter annehmen werden. Die Rolle, welche Rumänien spielen sei, in der Frage des europäischen Gleichgewichts im Orient zu spielen, sei um so leichter auszufüllen, als die Regierung des Fürsten in loyaler Weise auf die strenge Erfüllung derjenigen Pflichten halten werde, welche ihr die unter dem mächtigen Schutze Europa's abgeschlossenen Verträge auferlegen. Was das Verhältnis zur Pforte anlangt, so bestehe das sicherste und geeignetste Mittel, das Aussehen von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rumäniens abzuhalten, darin, daß Rumänien seinerseits sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten seiner Nachbarn enthalte. „Dann“, fährt der Fürst fort, „wird die Schwelle unseres Hauses in Wahrheit unversehrt und geheiligt sein. Das diese Politik, welche ich verfolge, die beste ist, beweist der gute Wille, den gegenwärtig die garantirenden Mächte zeigen, um durch internationale Verträge unsere Verhältnisse, soweit dieselben ein gemeinschaftliches Interesse bieten, zu regeln.“

Die Thronrede erwähnt sodann verschiedene Verträge dieser Gattung, die theils abgeschlossen, theils noch in Verhandlung sind, und entwirft ein Bild der inneren Lage des Landes. Es wird die beständige, täglich fortschreitende Entwicklung der moralischen und materiellen Interessen des Landes und das rühmliche Fortschreiten desselben auf dem Wege der Zivilisation gerühmt. Die innere Ordnung sei durch die Beschaffung der Dynastie gesichert. Der Fürst schließt mit einem Aufruf an die Parteien zur Verbrüderung und Eintracht.

Die Thronrede wurde an verschiedenen Stellen durch laute Beifallsbezeugungen unterbrochen. Der Fürst und die Fürstin wurden von der Versammlung mit stürmischen Zurufen begrüßt.

Bukarest, 28. Nov. Der Senat wählte aufs neue Plazine zum Präsidenten. Der Fürst begnadigte aus Anlaß seiner glücklichen Rückkehr 72 zu Freiheitsstrafen Verurtheilte.

Frankreich.

Paris, 29. Nov. Der Kaiser hat heute die Kammern mit folgender Thronrede eröffnet:

Meine H. Senatoren, meine H. Abgeordneten! Es ist nicht leicht, in Frankreich den regelmäßigen und friedlichen Gebrauch der Freiheit einzuführen. Seit einigen Wochen scheint die Gesellschaft von subversiven Leidenschaften, die Freiheit durch die Ausföhrungen der Presse und der öffentlichen Versammlungen bedroht. Jedermann fragte sich, wie weit die Regierung die Langmuth weihen würde. Aber bereits hat der gesunde öffentliche Sinn sich gegen strafwürdige Unterbrechungen angelehnt. Dünmüthige Angriffe haben nur dazu gedient, die Dauerhaftigkeit des von dem allgemeinen Stimmrecht der Nation gegründeten Gebäudes darzutun. Die Unfähigkeit und Unruhe, welche in den Gemüthern herrscht, kann indes nicht fortdauern, und die Lage erheischt mehr als je Freimuth und Entschlossenheit. Man muß ohne Umschweife sprechen und laut handeln, was der Wille des Landes ist.

Frankreich will die Freiheit, aber mit der Ordnung. Was die Ordnung betrifft, so habe ich für sie ein. Helfen Sie mir, meine Herren, die Freiheit zu retten. Um dieses Ziel zu erreichen, halten wir uns gleich weit entfernt von der Reaktion und von den revolutionären Theorien. Zwischen Demen, welche Alles ohne Veränderung bewahren wollen, und Demen, die Alles umzustürzen streben, ist ein ruhmvoller Platz einzunehmen.

Als ich das Senatskonsult vom vorigen September als logische Konsequenz der vorausgegangenen Reformen und der Erklärung des Staatsministers vom 28. Juni in Vorschlag brachte, war es meine Absicht, mit Entschlossenheit eine neue Aera der Verbrüderung und des Fortschritts zu eröffnen. Zögern Sie mich auf dieser Bahn unterstützen, haben Sie Ihre Freiheit Ihrer Vergangenheit nicht antreuen werden und weder die Gewalt entwaschen, noch das Kaiserreich erschüttern wollen. Unsere Aufgabe besteht nunmehr darin, die Prinzipien, die aufgestellt worden sind, zu verwirklichen, indem wir sie in die Gesetze und Sitten einführen.

Die Maßregeln, welche die Minister Ihrer Zustimmung vorlegen werden, tragen alle einen aufrichtig liberalen Charakter. Wenn Sie dieselben annehmen, so werden folgende Verbesserungen verwirklicht sein: Die Wahlen werden im Schooße der Municipalräthe gewählt.

*) Einen Auszug aus dieser Rede haben wir unsern Lesern bereits in einem letzten (30. Nov.) Vormittag, erpedirten Extrablatt zugehen lassen. — D. W.

werden, ausgenommen in außerordentlichen, vom Gesetz vorhergesehenen Fällen. In Lyon und in den Gemeinden des Seine-Departements, mit Ausnahme von Paris, wird die Bildung der Municipalräthe dem allgemeinen Stimmrecht überwiesen werden; in Paris, wo die Interessen der Stadt sich mit denen von ganz Frankreich verknüpfen, wird der Municipalrath vom Gesetzgeb. Körper, welchem bereits die Befugnis zufließt, das außerordentliche Budget der Hauptstadt zu regeln, gewählt werden. Es werden Rationalräthe eingeführt werden, hauptsächlich um die kommunale Kraft zusammenzufassen und ihre Verwendung zu leiten. Den Generalräthen werden neue Prärogative eingeräumt werden. Selbst die Kolonien werden an dieser Dezentralisationsbewegung Theil nehmen. Endlich wird ein Gesetz, welches den Kreis ausdehnt, in dem sich das allgemeine Wahlrecht bewegt, die öffentlichen Aemter bestimmen, die mit dem Mandat eines Abgeordneten vereinbar sind.

An diese Reformen auf dem administrativen und politischen Gebiet werden sich gesetzliche Maßregeln von nicht unmittelbarem Interesse für die Bevölkerung anreihen: eine schnellere Entwicklung des unentgeltlichen Elementarunterrichts, Verminderung der Gerichtskosten, Entlastung des halben Kriegs-Gentimes, welcher auf den Abgaben für die Einregistrierung in Erbschaftsachen lastet, der Zutritt zu den Sparkassen erleichtert und den Klassen der Landbevölkerung mit Hilfe von Agenten des Staatschazes zugänglich gemacht, eine humanere Regulirung der Arbeit der Kinder in den Fabriken, Erhöhung der kleinen Gehalte. Andere wichtige Fragen, deren Lösung noch nicht bereit ist, sind der Prüfung unterworfen worden.

Die Enquete in Betreff der Landwirtschaft ist beendet und es werden daraus nützliche Vorschläge hervorgehen, sobald die oberste Kommission ihren Bericht deponirt haben wird. Eine andere Enquete bezüglich der Ostrois ist begonnen. Es wird Ihnen ein Zollgesetzentwurf vorgelegt werden, welcher die allgemeinen Tarife enthält, die zu keinem ernstlichen Einwande Anlaß geben; was diejenigen betrifft, welche lebhaftere Reklamationen von Seite gewisser Industriezweige hervorgerufen haben, so wird die Regierung Ihnen keine Vorschläge machen, als bis sie sich in den Besitz alles nöthigen Materials zur Aufklärung Ihrer Beratungen gesetzt hat.

Die Darlegung der Lage des Reichs bietet befriedigende Resultate dar. Die Geschäfte sind nicht in Stockung gerathen und die indirekten Steuern, deren natürliches Wachsthum ein Zeichen des Wohlstandes und des Vertrauens ist, haben bis jetzt 30 Millionen mehr ertragen, als im vergangenen Jahr. Die laufenden Budgets bieten den bedeutende Ueberschüsse dar und das von 1871 wird die Verbesserung mehrerer Dienstzweige und die entsprechende Dotation der öffentlichen Arbeiten gestatten.

Aber es genügt nicht, Reformen in Vorschlag zu bringen, in den Finanzen Ersparnisse einzuführen und eine gute Verwaltung zu führen, es ist auch noch nöthig, daß die öffentlichen Gewalten durch eine klare und feste Haltung im Einverständnis mit der Regierung zeigen, daß wir, je mehr wir die liberalen Wege erweitern, um so mehr entschlossen sind, die Interessen der Gesellschaft und die Prinzipien der Verfassung vor jeder Gewaltthat zu schützen. Eine Regierung, welche der berechtigten Auebrud des Nationalwillens ist, hat die Pflicht und die Kraft, ihn zur Geltung zu bringen, denn sie hat das Recht und die Macht für sich.

Wenn meine Blicke sich vom Innern über unsere Grenzen hinaus wenden, so wünsche ich mir Glück dazu, daß die fremden Mächte mit uns in freundschaftlichen Beziehungen stehen. Die Fürsten und die Völker wünschen den Frieden, und beschäftigen sich mit dem Fortschritt der Zivilisation.

Welche Fortschritte man auch unserem Zeitalter machen möge, wir haben dennoch viele Ursachen, stolz darauf zu sein: die neue Welt hebt die Sklaverei auf; Ausland gibt die Keisigen frei; England läßt Irland Gerechtigkeit widerfahren; das Beden des Mittelmeeres scheint sich seines ehemaligen Glanzes zu erinnern, und aus der Versammlung aller Bischöfe der katholischen Kirche in Rom läßt erwarten, daß ein Werk der Weisheit und Beschönlichkeit daraus hervorgehe.

Die Fortschritte der Wissenschaft nähern die Nationen einander. Während Amerika den Stillen Ozean durch eine Eisenbahn von einer Ausdehnung von tausend Meilen verbindet, verständigen sich überall die Kapitalisten und die Intelligenzen, um durch elektrische Verbindungen die entferntesten Länder des Erdballs aneinander zu knüpfen. Frankreich und Italien reihen sich die Hand, durch den Alpen-Tunnel; die Gewässer des Mittelmeeres und des Rothen Meeres mischen sich bereits durch den Suez-Kanal; ganz Europa hat sich bei der Einweihung dieses riesenhaften Unternehmens vertreten lassen, und wenn heute die Kaiserin der Eröffnung der Kammern nicht beiwohnt, so geschieht das, weil es mir daran lag, daß sie durch ihre Gegenwart in einem Lande, in dem sich unsere Waffen ehemals verblüht gemacht haben, die Sympathien Frankreichs bezeugte für ein Werk, welches der Ausdauer und dem Geiste eines Franzosen verdankt wird.

Sie werden, m. H., die vorg. Einbringung des Senatskonsultes unterbrechene außerordentliche Sitzung wieder aufnehmen. Nach der Prüfung der Vollmachten wird sofort die ordentliche Session beginnen. Sie wird — ich zweifle nicht daran — glänzende Resultate herbeiführen. Die großen Staatskörper, enger vereint als früher, werden sich verständigen, um die letzten Mobilisationen der Verfassung loyal, klar, Anspornung zu bringen. Die direkte Theilnahme des Landes an seinen eigenen Geschäften wird für das Kaiserreich eine neue Kraft sein. Die Versammlungen haben fortan einen größeren Antheil an der Verantwortlichkeit; mögen sie ihn zum Vortheil der Größe und der Wohlfahrt der Nation verwenden! Mögen die verschiedenen Meinungsverschiedenheiten verschwinden, wenn das allgemeine Interesse es erheischt, und mögen die Kammern durch ihre

Einsicht wie durch ihren Patriotismus beweisen, daß Frankreich fähig ist, die freien Institutionen zu tragen, welche die Ehre der zivilisierten Länder sind, ohne in bedauerliche Ereignisse zurückzufallen!

Paris, 29. Nov. Einem Telegramm aus Toulon zufolge wird die Dampf-Yacht „Aigle“ mit der Kaiserin an Bord morgen Nachmittag daselbst eintreffen.

Nach der „Patrie“ wäre der Kaiser mit einer Begeisterung, wie man sie seit Anfang dieser Regierung noch niemals bemerkt, von den versammelten Kamern empfangen worden. Namentlich sollen die Worte: „Für die Ordnung stehe ich ein!“ einen wahren Sturm von Bravo's und Hochrufen hervorgerufen haben, so daß der Kaiser einen Augenblick seine Rede unterbrechen mußte. Als später der Justizminister die noch nicht beidigten neuen Abgeordneten ausrief und an den Namen des Hrn. Rochefort kam, soll ein Gelächter zum Ausbruch gekommen sein, welches nur die Gegenwart des Kaisers hinderte, allgemein zu werden. Als der Kaiser selbst lächelte, stimmte Alles in den Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ ein. So, wie gesagt, die „Patrie“. — Rente 71.52 1/2, Cred. mob. 198.75, ital. Anl. 53.65.

Spanien.

Madrid, 28. Nov. Die Cortes verwarfen mit dreiviertel Majorität den Antrag, über das Benehmen der Regierung während des Belagerungszustandes ihr Bedauern auszusprechen.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Nov. In der heutigen Sitzung des Folketings fand die Vorlage des Budgetentwurfs statt. Derselbe schließt mit einer Unterbilanz von 5 1/2 Millionen R.-Baler. Die Deckung wird durch Verbrauch der aktiven drei Millionen und der Rest durch Einkommensteuer geschehen.

Griechenland.

Athen, 26. Nov. Die Majorität votierte den Ministern ihr Vertrauen. Der Rest des Budgets wurde angenommen. Die Einnahmen belaufen sich auf 33 Millionen Drachmen, die Ausgaben auf 32 Millionen Drachmen.

Türkei.

Konstantinopel, 27. Nov. In den drei in dieser Woche stattgefundenen Kabinettskonferenzen war die Ablehnung des Khedive bezüglich der Vorlage des ägyptischen Budgets, sowie das Vorrecht der Pforte zu Anleihenabschlüssen Gegenstand der Verhandlung. Ein Memorial des Gesamtkabinetts wurde am Donnerstag vom Sultan genehmigt und geht heute an den Khedive ab. Derselbe wird darin aufgefordert, seinen Vertragspflichten nachzukommen und den Firman im Sinne der Pforte zu befolgen.

Amerika.

Neu-York, 28. Nov. Die Rockford-Rock-Island-St.-Louis-Eisenbahn-Gesellschaft hat die 42 Meilen lange Strecke von Beardstown nach Whitehall eröffnet und vollständig ausgerüstet, wonach die Verbindung mit der Chicago-St.-Louis-Eisenbahn hergestellt ist. Die Einnahmen auf der 30 Meilen langen Strecke Beardstown-Winchester betragen in den ersten drei Wochen 24,356 D. Der Bau der Bahn schreitet rasch in der Richtung nach St. Louis und von Beardstown nördlich nach Rock-Island voran. Die Oktober-Einnahmen auf der Rock-Island-Strecke betragen 39,378 Dollars.

Vermischte Nachrichten.

— **Stuttgart, 29. Nov.** (B. St.-Anz.) Die zweite Strecke der Schwarzwaldbahnlinie, welche durch das Gesetz vom 13. Aug. 1865, „von Stuttgart (Zenerbach) über Leonberg und Weil der Stadt nach Galm, und von da südlich im Ragolthale über Wilsberg nach Ragold“ zur Inangriffnahme in der Finanzperiode 1864/67 bestimmt wurde, nämlich die Bahn von Disingen bis Weil der Stadt, ist so weit vollendet, daß sie den 1. Dezember dem Verkehr eröffnet werden wird.

— **Berlin, 28. Nov.** Die heutige Arbeiterversammlung im Univerfum war eine sehr stürmische. Die in großer Anzahl erschienenen waren größtentheils Social-Demokraten. Der Einladende, Maschinenbauarbeiter Andreae, eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, auf den Zweck derselben und der Bitte, jede Verehrtheit fern zu halten. Dann wurde das Bureau gebildet, das nach langer Debatte aus den drei Social-Demokraten Tölke, Lübker und Hasselmann zusammengesetzt wurde. Nach längerer stürmischer Debatte wurden die folgenden beiden Anträge angenommen: 1) gestellt von Gelewski (Social-Dem.): die Versammlung erklärt, daß die Unruhen im Konzerthause durch die parteiische Haltung des Abg. Dr. Löwe herbeigeführt wurden, weil er den Beschluß der Majorität nicht anerkennen wollte; 2) gestellt von Andreae (Schulzianer): die Versammlung erklärt, daß jeder, der durch Lärm oder unreelle Geschäftsführung eine Versammlung stört, jeder Ehre baar ist, und erachtet jede derartige Störung als Attentat auf das Versammlungsrecht.

— **Tessin.** Auf das Gesuch des Gotthardt-Komitee um die Botirung von weiteren 2 Millionen Subsidien bringt die Regierung dem Großen Rath den Antrag, noch 1 Million, also im Ganzen drei, zu beschließen.

— In Connecticut starb in voriger Woche Col. Drake, der Entdecker der Erdöl-Quellen, im nordwestlichen Pennsylvanien. Der Mann, der mit Energie und Ausdauer den Reichtum so vieler begründete, half, der seiner Nation eine ihrer bedeutendsten Erwerbsquellen öffnete, der selbst scheinbar unerschöpfliche Reichtümer sammelte, mußte im Armenhause sterben.

Badische Chronik.

Der Gesetzentwurf über die Verwaltung der weltlichen Stiftungen.

Neben und unabhängig von der vorherzusehenden politischen Opposition gegen den Gesetzentwurf über die Verwaltung der weltlichen Stiftungen werden in neuester Zeit na-

mentlich in protestantischen Gemeinden von einer Seite, von welcher man ein derartiges Vorgehen nicht hätte erwarten sollen, Petitionen gegen jenen Entwurf veranlaßt.

Wer, wie wir, überzeugt ist von der Nothwendigkeit des in Frage stehenden Gesetzes, zugleich aber auch die Schwierigkeiten nicht übersehen, welche der Durchführung desselben durch Erregung eines ungerechtfertigten Mißtrauens bereitet werden können, der wird es auch mit uns als eine Pflicht der Presse anerkennen, dem entstehenden Mißverständnis gleich im Beginn seiner Entwicklung aufklärend entgegenzutreten. Da immerhin noch einige Zeit vergehen wird, bis in den Kammern durch die Kommissionsberichte und die Verhandlungen diese Aufgabe in erschöpfender Weise gelöst werden kann, wird sich die Presse derselben einstweilen in vorbereitender Thätigkeit nicht entziehen dürfen.

Wir glauben die ohne Grund geängstigten evangelischen Gemeinden zunächst an eine äußere Thatsache erinnern zu sollen. Nachdem während des vorigen Landtags die Zweite Kammer nahezu einstimmig der Motion des Abg. Eckhard beigetreten war, die Verwaltung der weltlichen Stiftungen von der der kirchlichen zu trennen und erstere, soweit thunlich, den politischen Gemeinden zu übertragen, stellte die Kommission der Ersten Kammer einstimmig den Antrag, diesem Beschluß der Zweiten Kammer zuzustimmen, und die Erste Kammer selbst nahm einstimmig diesen Antrag ihrer Kommission an. In beiden Fällen befand sich unter den Zustimmungen der würdige Vertreter der evangelisch-protestantischen Landeskirche, von dem, so abhold er allen hierarchischen Bestrebungen sein mag, doch Niemand in Abrede stellen wird, daß er alle wirklichen Rechte und Interessen seiner Kirche mit richtigem Nachdruck geltend zu machen weiß.

Wir sind aber nicht gewillt, uns nur auf eine Autorität, und wäre sie auch die beste, zu stützen; es wird nicht schwer sein, mit Gründen die innere Berechtigung des Entwurfs und die Mißverständnisse nachzuweisen, aus welchen die gegen denselben gerichteten Angriffe hervorgingen.

Es ist vor allen Dingen nicht richtig, daß durch das vorgeschlagene Gesetz prinzipiell eine sehr tiefgreifende Aenderung der bestehenden Verhältnisse bewirkt werde; namentlich ist es unrichtig, daß durch dasselbe willkürlich eine Unterscheidung zwischen kirchlichen und weltlichen Stiftungen neu eingeführt werde, und daß eine solche Scheidung der Natur der Sache widerstreite, wenigstens nach protestantischer Anschauung, nach welcher die Kirchen- und Konfessionsgemeinde zusammenfallen. Die Unterscheidung zwischen weltlichen und kirchlichen Stiftungen ist so alt als die Organisation unseres Landes; auf ihr beruht die Verordnung vom 10. April 1833, welche während eines vollen Menschenalters die entscheidende Norm für alle einschlagenden Verhältnisse war, zum Theil es noch heute ist; von ihr gehen das Kirchengesetz von 1860 und alle zu dessen Vollzug erlassenen Anordnungen aus. Und diese Unterscheidung wird auch von Jedermann als durchaus naturgemäß und nothwendig anerkannt werden, der sich von dem Irrthum unserer Gegner zu befreien vermag, jede konfessionelle Stiftung sei Eigenthum der betreffenden Konfessionsgemeinde. Das ist entschieden falsch. Jede einzelne Stiftung ist ein Rechtsobjekt (Person) für sich und steht nicht im Eigenthum weder eines einzelnen Menschen, noch einer Korporation. Darüber ist theoretisch kein Zweifel mehr möglich, und daran knüpfen sich praktisch die wichtigsten und völlig unbefrittenen Konsequenzen. Wenn z. B. für eine Stadt durch eine Stiftung ein Hospital, eine höhere Unterrichtsanstalt, eine Gemädegalerie errichtet ist, so gewähren solche Institute allerdings den Angehörigen der Stadt einen Vortheil, und sie nehmen je nach Umständen auch der politischen Gemeinde einen Theil der sonst von derselben zu tragenden Lasten ab; aber sie sind durchaus nicht Eigenthum der politischen Gemeinde. Wäre dies der Fall, so könnte die Gemeinde die betreffenden Häuser und Sammlungen verkaufen und den Erlös, sowie die vorhandenen Stiftungskapitalien zu ganz anderen Zwecken, z. B. zum Bau von Straßen und Brücken, zur Deckung ihrer Verwaltungskosten, zur Anschaffung von Köchengeräthschaften und zu andern polizeilichen Einrichtungen u. s. w. verwenden. Gerade um eine solche Vernichtung der Stiftungen rechtlich unmöglich zu machen, werden dieselben nicht Eigenthum irgend einer physischen oder juristischen Person, sondern sie gelten selbst als Rechtsobjekte (Personen) und werden besonders verwaltet. Es versteht sich von selbst, daß der gleiche Grundsatz aus den gleichen Gründen auch bei Stiftungen zu Gunsten der Angehörigen einer bestimmten Konfession gelten muß.

Wer als Rechtsobjekt (Person) an dem Rechtsverkehr Theil nehmen soll, muß die Fähigkeit besitzen, zu wollen und zu handeln. Die Stiftung, d. h. ein für einen bestimmten Zweck gewidmetes Vermögen, hat diese Fähigkeit an und für sich nicht; sie wird ihr dadurch künstlich verschafft, daß bestimmte willen- und handlungsfähige Menschen mit ihrer Vertretung beauftragt werden. Dies, d. h. also die Art und Weise, wie Stiftungen zu verwalten seien, wird, wie die Stiftung selbst nur durch die Staatsgewalt zu einer (juristischen) Person erhoben werden kann, durch die Gesetze des Staates bestimmt, welche dabei innerhalb gewisser Schranken auch den Willen des Stifters berücksichtigen können. Die staatliche Gesetzgebung wird aber, um die Verwaltung der Stiftungen zweckmäßig zu organisieren, nothwendig die verschiedenen Zwecke der Stiftungen beachten müssen. Denn jede Stiftung wird im Zweifel am besten durch diejenigen verwaltet werden, welche an dem Zweck derselben das nächste und größte Interesse haben. So kommt man, wie uns dünkt, nicht nach Willkür, sondern ganz naturgemäß dazu, die Stiftungen nach ihrem Zweck in kirchliche und weltliche zu unterscheiden, und an der Verwaltung der ersteren, d. h. der zu kirchlichen Bedürfnissen gewidmeten, die Kirchen zu betheiligen, die der andern aber in die Hand geeigneter weltlicher Behörden zu legen.

Bei dieser, wie wir glauben, durch das Vorstehende gerechtfertigten Scheidung reißt der Entwurf die Armenstiftungen, auch diejenigen, welche nur den Angehörigen einer bestimmten Konfession gewidmet sind, unter die weltlichen Stiftungen ein, und er hat unseres Erachtens auch in diesem Punkt, um

welchen sich der Streit wohl hauptsächlich dreht, vollkommen Recht. Zunächst müssen wir hier ein Mißverständnis der Gegner zurückweisen, als solle der Beruf der christlichen Kirche zur Uebung der Wohlthätigkeit irgend wie geläugnet werden. Die Kirche hat zuerst die Armenpflege zu einer Aufgabe des öffentlichen Lebens gemacht, sie hat sich um die leidende Menschheit solche Verdienste erworben, daß kein besonnener Mann daran denken wird, sie aus diesem Thätigkeitsgebiet zu verdrängen. Sie wird, auch nachdem der Entwurf Gesetz geworden sein wird, fortfahren können, dieses Gebiet, sogar für sich abgeschlossen als Kirche, zu bebauen. Der Kirche bleibt selbstverständlich die Verwendung der Liebesgaben, welche sie zu Zwecken der Barmherzigkeit sammelt, frei überlassen, und überdies verbleiben ihr auch fortan zahlreiche Armenfonds in Folge der Bestimmung, daß alle Fonds, welche barmherzigen rechtskräftige Entscheidung oder durch Anerkennung als kirchlich zu behandeln sind, auch fortan als solche betrachtet werden sollen, wenn sie auch Armenzwecken dienen. Wie wir hören, will allerdings die Kommission der Zweiten Kammer nur die speziellen, nicht auch die generellen Auerkennnisse gelten lassen; wie aber auch diese Meinungsdivergenz ausgetragen werde und wenn auch die beschränktere Meinung siegt, so verbleiben den Kirchen doch zahlreiche Armenfonds, namentlich wohl ausnahmslos alle aus Kirchenopfern angekauften, denn diese sind wohl alle speziell als kirchlich anerkannt.

Die öffentliche Armenpflege selbst kann aber, so groß die Verdienste der Kirche um den Gedanken derselben und ihre erste Entwicklung sein mögen, heute nicht mehr als Sache der Kirche betrachtet werden. Zu einer zweckentsprechenden Leitung derselben fehlt es ihr an den geeigneten Organen, an einer genügend generellen Stellung, an der erforderlichen umfassenden öffentlichen Gewalt. Es geht hier wie auf manchen andern Lebensgebieten. Die Kirche hat bereits als fertiger Organismus neben dem werdenden Staat manche Aufgaben des öffentlichen Lebens früher als dieser ergriffen und zu einer gewissen Entwicklung geführt, bis der ausgewachsene Staat mit überlegeneren Mitteln diese Aufgaben auf sich und sie eben damit der Kirche, als einer für sich abgeschlossenen Anstalt, abnahm. Wo sie früher allein wirkte, kann die Kirche jetzt nur noch in den allgemeineren Organismus sich eingliedern, mitwirken.

Das Gesetz des Staates auferlegt den politischen Gemeinden die öffentliche Armenpflege, und es wird sich nicht bestreiten lassen und ist durch die Erfahrung längst bewiesen, daß die Kirche für sich allein dieser Aufgabe nicht zu genügen vermag. Was ist aber unter diesen Umständen natürlicher, als daß der Vorstand der politischen Gemeinde, deren Angehörige schließlich in Ermangelung anderer Mittel durch Umlagen den Armenaufwand decken müssen, die Verwaltung der Armenstiftungen leite? Daß aber die politische Gemeinde Stiftungen zu Gunsten der Angehörigen einer bestimmten Konfession nur für diese verwenden darf, versteht sich ganz von selbst, da eben keine Stiftung ihrem Zweck entfremdet werden darf. Bei Verwendung aller konfessionellen oder nichtkonfessionellen Armenfonds sollen überdies die Kirchen insofern mitwirken, als nach dem Entwurf je ein Pfarrer jeder in dem Orte vorhandenen Konfession Mitglied des mit jener Funktion betrauten Armenrathes sein wird. Damit ist der Kirche die Thätigkeit in der öffentlichen Armenpflege, welcher sie heute noch zu genügen vermag, eingeräumt, nämlich die Mitwirkung in organischer Verbindung mit andern berufenen Kreisen.

Halten wir nach diesen Ausführungen die Einreihung der Armenfonds, auch der konfessionellen, unter die weltlichen Stiftungen für gerechtfertigt, so liegt darin überdies nicht einmal eine Neuerung; sie gelten längst als solche, wie dies schon daraus hervorgeht, daß die Oberaufsicht über ihre Verwaltung nicht von den kirchlichen Behörden, sondern von einer Staatsbehörde, dem wesentlich mit für diese Aufgabe geschaffenen Groß-Verwaltungshof, geführt wird. Nur die unmittelbare Verwaltung dieser Stiftungen in unterster Instanz lag bisher in der Regel in der Hand der zur Verwaltung der kirchlichen Stiftungen eingesetzten Behörden, aber nur weil zur Zeit der Ausführung des neuen Kirchengesetzes nicht sofort andere taugliche Organe für jenes Geschäft gefunden werden konnten, und nur in Folge eines statutenmäßigen Auftrags. Auf Widerstand. Wenn nunmehr der Staat die unmittelbare Verwaltung der weltlichen Stiftungen an, wie wir glauben, gezeigt zu haben, geeigneter weltliche Behörden überträgt, so tritt damit eine allerdings äußerlich in die Augen fallende, aber prinzipiell keineswegs bedeutende und nur eine seit Jahren zu erwartende Neuerung ein.

Karlsruhe, 30. Nov. Se. Königl. Hoheit der Großherzog haben unterm 20. d. M. gnädigst geruht, den bisherigen Stadtvicar in Karlsruhe, Diakon H. Selbing, zum Hofdiakon zu ernennen. Die Seitens der Freikirche von Gemmingen-Guttenberg-Hornberg'schen Grund- und Patronatsbesitzer erfolgte Präsentation des Vikars Wilhelm Einwächter in Hüffenhardt auf die Pfarrei Hüffenhardt, Dekanats Karlsruhschloßheim, ist am 19. d. M. kirchenobrigkeitslich bestätigt worden.

Von acht Kandidaten der Theologie, welche sich der diesjährigen Späthjahrsprüfung unterzogen haben, sind folgende sechs in der nachstehenden Ordnung unter die evangel. Pfarrkandidaten aufgenommen worden: 1) R. G. Ph. Zimmermann von Mühlhausen, 2) Ph. Quenzer von Vohlbach, 3) D. G. Fr. Kiefer von Schwepingen, 4) G. Th. Fingado von Lahr, 5) H. G. F. Schnell von Sennfeld, 6) H. D. Haas von Niederröden.

Karlsruhe, 29. Nov. (Kreisversammlung.) Nach Wiedereröffnung derselben werden die H. H. Abg. K. K. Kopp und K. A. als Kommissäre zur Prüfung der Kreisrechnung gewählt und dann die Fortsetzung der Sitzung auf Nachmittags 4 Uhr anberaumt.

Am diese Zeit wird die Sitzung wieder eröffnet und Hr. Paravicini berichtet über den Antrag des Ausschusses, den Vollzug des Straßengesetzes betreffend. Die Anträge der vorjährigen Kreisversammlung wurden nach der den Ständen gemachten Regierungsvorlage berücksichtigt, nur nicht in Bezug auf 4 Gemeindegemeinde, diese sind nicht zur Aufnahme in die Reihe der Landstrassen vorgeschlagen.

Der Kreisaußschuß stellt in dieser Beziehung den Antrag, „a) es wolle die Kreisversammlung beschließen, daß die Gemeindegrenze 1) von Pforzheim nach Bretten; 2) von Wilferdingen, Königsbach, Stein, Baufhott; 3) von Eppingen über Rohrbach, Landshausen, Menzingen nach Münzheim, und von da bis Ulshadt, bedeutend genug sind, um in die Reihe der Landstraßen aufgenommen zu werden. b) Von diesem Beschlusse wäre die Großh. Regierung zur gefälligen Berücksichtigung in Kenntnis zu setzen.“ Bezüglich der vierten Straße von Gondelsheim über Rinklingen nach Bretten will der Kreisaußschuß den früheren Antrag fallen lassen.

Bezüglich der Straße unter 1) empfehlen die H. H. Henne und Schmidt von Pforzheim den Antrag zur Annahme. Die betr. Gemeinden, die Bezirksämter und die Kreisversammlung anerkannten die Nothwendigkeit der Willfährigkeit dieses Antrags; und letzterer führt namentlich den volkswirtschaftlichen Standpunkt an: Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag zu Nr. 2 wird ohne Diskussion ebenfalls genehmigt.

Bei Besprechung der Nr. 3 theilt Hr. Kusel mit, daß die Gemeinde Mzingen an den Außschuß die Petition richtete, um die Kreisversammlung zu veranlassen, eine Bitte direkt an die Zweite Kammer zu richten, und in zweiter Reihe erst an Großh. Regierung. Die Erfüllung dieser Bitte sei aber der Natur und Stellung der Kreisversammlung und der Ständeversammlung nicht entsprechend. Redner empfiehlt aber den Außschußantrag, weil hier zahlreiche Gemeinden verlangen, durch eine Straße mit der Eisenbahn in Verbindung zu kommen, es liege auch Verkehr genug vor, der diese Verbindung wünschenswert mache. In gleichem Sinne sprachen sich die H. H. Henne, Paravicini und Spangenberg aus. Herr Landeskommissär Winter: Es werde sich in Hinsicht auf das Straßengesetz fragen, ob die fragliche Straße sich in solchem Zustande befinde, daß sie sofort unter die Landstraßen aufgenommen werden könne. Paravicini, Lenz und Kusel: Eine Verbesserung werde notwendig werden und etwa 30,000 fl. kosten; diese Verbesserung werde wohl der Staat sich zur Aufgabe machen; die Regierung werde dann fragen, ob die Gemeinden Beiträge liefern wollen. Wieland verweist auf den vorjährigen Kreisversammlungsbeschlusse und wünscht daß die Worte „nötigenfalls neu herzustellen oder zu verbessern“ in den Antrag aufgenommen werde. Es sprechen noch die H. H. Paravicini, Balli, Wieland, Lenz, Kusel und Oberle. Letzterer beantragt den Außschuß noch auszusprechen, bis die Kreisversammlung über das Gutachten der technischen Behörde genügend unterrichtet ist. Dieser Antrag wird einstimmig verworfen; der Antrag des Hrn. Wieland wird mit großer Mehrheit abgelehnt und der Außschußantrag genehmigt.

Ein Wunsch des Hrn. Lamprecht von Bergheim bezüglich der Verbesserung der Straße von Durlach nach Bergheim wird heute nicht in Beratung gezogen, sondern dem Antragsteller überlassen, nach § 9 der Geschäftsordnung seinen Antrag in der morgenden Sitzung schriftlich einzubringen.

Hr. Kille berichtet über den Besund der Rechnung der Kreisasse für das abgelaufene Jahr. Die Einnahmen betragen 62,605 fl. 26 fr. die Ausgaben 61,818 fl. 27 fr.; es ergibt sich also ein Einnahmeüberschuß von 786 fl. 59 fr. Das Gesamtvermögen beträgt 9026 fl. 42 fr., darunter 8200 fl. Aktivkapitalien, 39 fl. 43 fr. Erzeugnisse und 786 fl. 59 fr. Kassenrest. Dem Redner, Hrn. Steuerrevisor Kirsch wird die Anerkennung seiner guten Dienstführung ausgesprochen und das Abschlusurium ertheilt.

Karlsruhe, 30. Nov. Die Kreisversammlung wird heute früh 9 Uhr von dem zweiten Präsidenten, Hrn. Mittel, eröffnet, die Zahl der anwesenden Mitglieder von demselben konstatirt und durch das Sekretariat das Protokoll der gestrigen Sitzung vorgelesen und sodann gutgeheißen. Darauf berührt der Vorsitzende, daß unter Ziff. V der Vorlagen der Kreisaußschuß, jedoch ohne einen Antrag zu stellen, einen Bericht vorgelegt über die Frage der Einführung von Aversen für Benutzung der Post durch die Gemeindebehörden und Kreisaußschüsse. Darin ist bemerkt, daß die letzte Kreisversammlung von Uebernahme der Aversen für die Kreisasse Umgang genommen, dagegen den Außschuß beauftragt habe, dahin zu wirken, daß in sämtlichen Bezirken die Aversen eingeführt werden. Nur in den Amtsbezirken Karlsruhe und Durlach sei die befallige Einigung der Gemeinden nicht zu Stande gekommen und habe die Direktion der Großh. Verkehrsanstalten namentlich wegen der für die Postverwaltung bei der Ausführung sich ergebenden Schwierigkeit, den gemachten Vorschlag, auch ohne Beitritt aller Gemeinden den Vertrag abzuschließen, für unzulässig erachtet. Der Kreisaußschuß habe daher vorerst der Kreisversammlung keine weiteren Schritte zu unterbreiten und es frage sich, ob im Kreise der Veranlassung desfallsige Wünsche kundgegeben werden.

Hr. Landeskommissär Winter: Es sei richtig, daß die Gemeinden als solche nicht gezwungen werden könnten, die Aversen einzuführen, dessen ungeachtet könne die Sache als Angelegenheit des Kreises behandelt und von der Kreisversammlung die Einführung für den Kreis beschloffen werden, in diesem Falle sei der Widerstand der Gemeinden unethisch und der Kreis erhebe die Averssumme durch Umlagen.

Hr. Außschußpräsident Kusel betont wiederholt, daß die Postverwaltung eben keinen Vertrag mit den Kreisverbänden abschließen wolle, wenn nicht sämtliche Gemeinden beitreten. Nach der Ausführung des Hrn. Landeskommissärs werde aber der Kreisaußschuß die Sache bei der Postverwaltung neuerdings in Anregung bringen und dann geeigneten Falles Verträge abschließen.

Hr. Kreispräsident Febr. v. Neubronn ist der Ansicht, daß vorerst die Bezirksämter nichts mehr in der Sache thun könnten; daß sich der Kreisaußschuß somit direkt an die Postverwaltung wenden solle.

Es sprechen über diesen Gegenstand noch die H. H. Paravicini, Balli, Kusel, Wieland, Lenz, Kille und Jbler, schließlich wird Kusel's Antrag:

„Die Kreisversammlung beauftragt den Kreisaußschuß, über die Einführung von Aversen für Benutzung der Postanstalten Namens des Kreises mit der Direktion der Großh. Verkehrsanstalten zu unterhandeln und zwar geeigneten Falles unter Uebernahme dieser Aversen auf die Kreisasse, und hierüber der künftigen Kreisversammlung zur Beschlußfassung Bericht zu erstatten.“ einstimmig angenommen.

Die Versammlung genehmigt hierauf einstimmig den Voranschlag über Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1. Nov. 1869/70. Auf Anregung des Hrn. Abg. Lenz entspinnt sich eine Debatte über den Einzugmodus der Kreisumlagen für die Straßen, wovon außer dem Großh. Landeskommissär und den Außschußmitgliedern noch die Abgg. Wielandt, Kille und Jbler Theil nah-

men; der Abg. Kusel thut dar, daß einer solchen Abänderung der Erhebung eine Abänderung des Gesetzes vorhergehen müsse, und macht zugleich die Mitteilung, daß die Sache auch noch bei gegenwärtigem Landtag werde zur Sprache gebracht werden.

Der Hr. Vorsitzende geht nun auf die vom Außschusse vorgeschlagene Anstellung der Kreisbeamten (Kassier: Hr. Kreisrevisor Kirsch, Revisor: Ministr. Revisor Goldschmidt daktier) über. Die Versammlung genehmigt in namentlicher Abstimmung einstimmig die beiden Anstellungen.

Darauf wird die Wahl der Kandidaten zu den erledigten bezirksrathlichen Stellen vorgenommen. Nachdem danach die Geschäfte der diesjährigen Kreisversammlung erledigt, ergreift Hr. Abg. Schmidt (Pforzheim) noch das Wort, um den beiden H. H. Vorsitzenden Turban und Knittel für deren einsichtsvolle, unparteiische und rasche Leitung der Geschäfte, sowie den Sekretären Leiglin und Siegrist den Dank der Versammlung auszubringen; zum Zeichen der Zustimmung erheben sich die Anwesenden von ihren Sitzen.

Hr. Abg. Salzer (Bretten) thut dasselbe gegenüber dem Kreisaußschusse und dessen Vorsitzenden, Hrn. Abg. Kusel, und theilt mit, daß auch hieran die Versammlung in gleicher Weise.

Hr. Abg. Kusel dankt hierfür; der Kreisaußschuß rechne es sich zur Ehre, den Kreis zu vertreten und in dessen Namen zu handeln; aber er dürfe schon sagen, daß die Last des Außschusses keine geringe sei, denn die Thätigkeit, von welcher der Bericht nichts erwähne, sei nicht geringer anzuschlagen als die, welche dort ersichtlich sei. Der Außschuß werde auch fernerhin es nicht an Fleiß und Müheverwaltung fehlen lassen, hoffe aber, daß durch künftige Kreisversammlung ein Personewechsel bedingt werden möge.

Der Hr. Vorsitzende dankt in seinem und des Hrn. Turban Namen für die ausgesprochene Anerkennung, dem Letztern gebühre solche in höherem Grade, da er die schwierigeren Verhandlungen des ersten Tages so trefflich geleitet habe. Die Thätigkeit der diesjährigen Versammlung sei nicht besonders umfangreich gewesen, aber das Wenige sei um so gründlicher erledigt worden und auch die heutige Kreisversammlung werde ihren Segen bringen. Die Erfolge würden nicht ausbleiben, aber man dürfe sich nicht überheben. Zuerst müßte man des Begonnenen möglichst zum Segen durchführen und dann erst mit frischem Muthe wieder Neues beginnen.

Hr. Kreispräsident v. Neubronn anerkennt ebenfalls die rasche und gründliche Erledigung der Geschäfte, sagt den Anwesenden Lebewohl und erklärt die diesjährige Kreisversammlung für geschlossen.

Karlsruhe, 30. Nov. In Betreff der bei Pforzheim verübten schandhaften Ermordung einer Frauenperson, deren Kleider halbzerissen um die entleerte Leiche herumlagen und deren Schädel kolossale Verletzungen hatte, ist namentlich festgestellt, daß die Ermordete Christine Schwill heißt und von Wärscheneuern, königl. württembergischen Oberamts Weiskirchen, eine 37 Jahre alte, überbeumundete Tagelöhnerin ist, welche in abwechselnder Begleitung von Mannspersonen mehr dem Betel und Müßiggang als der Arbeit nachzog, dem Trunk ergeben war, und schon wiederholt des badijschen Landes verwiesen wurde. Bezüglich des Täters hören wir, daß der dringende Verdacht auf einem gewissen Johann Martin Kaufsberger von Wittlensweiler, Oberamt Freudenstadt, ruht, welcher noch am 11. Nov., also wenige Tage vor der That, mit der Schwill in Neuenbürg übernachtete und sie schon dort mit Todtschlag bedrohte. Kaufsberger soll erst diesen Sommer aus dem Zuchthaus entlassen worden sein, und er wurde, wie uns so eben mitgetheilt wird, gestern Abend in Glosheim im Württembergischen verhaftet. Sofern sich die Verdachtsgründe bestätigen, wird die Fortführung der Untersuchung und Aburtheilung mutmaßlich von den württembergischen Gerichten erfolgen.

Pforzheim, 29. Nov. Von gestern Abend auf heute waren wir hier von einem Hochwasser bedroht. Von Wilsbad kam schon bei Anbruch der Nacht die Meldung, daß die Enz ungewöhnlich stark angeschwollen und dort zum Theil schon ausgetreten sei. Man traf hier sogleich die für solche Fälle nöthigen Maßregeln; doch überschritt der Fluß, wenn auch nahe daran, sein natürliches Bett nicht. Das Hochwasser war durch schmelzende Schneemassen, die sich oberhalb im Gebirge gesammelt und durch den lauen Regen zum Aufstauen gebracht wurden, verursacht.

Heidelberg, 29. Nov. (Heidelb. Z.) Bei der Section der Leiche des am Freitag Nacht plötzlich verstorbenen Studiosus v. Heyking ergab sich, daß nach Befugtheit der Luft- und Speiseröhre die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß der Tod durch den Genuß einer schädlichen Substanz erfolgte. Aus diesem Grunde wurde auch das Gericht zur Obduktion beigezogen, obgleich eine weitere Untersuchung angeordnet hat, deren Resultat man mit Interesse entgegenzieht; die Leiche wird auf den Wunsch der Freunde des Verstorbenen in konservativem Zustande erhalten, da die entfernt wohnenden Anverwandten erst im Verlaufe einiger Tage hier eintreffen und voraussichtlich die Leiche mit sich nehmen werden. — Der Rekar hat heute eine solche Höhe erreicht, daß eine Ueberfluthung der niedrig gelegenen Plätze und Straßen zu befürchten steht.

Waldshut, 29. Nov. Gestern Nachmittag fand in Pforzheim eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung statt, um die Schritte zu beraten, welche wegen Erstellung einer Wutachtal-Bahn und Bekämpfung des Randen-Bahnprojekts getan werden sollen. Sämmtliche Gemeinden längs der Wutach, Waldshut, Thibingen, Bonndorf, Schleithelm, waren vertreten, obgleich ein stürmischer Regen den ganzen Tag über vom Himmel strömte. Es trafen mehrere Redner auf, welche sämtlich ihre Ueberzeugung dahin aussprachen, daß eine Bahn Donaueschingen-Schaffhausen-Glöttgau nur der schweizerischen Nordostbahn, der Stadt Donaueschingen und dem Dorfe Lottstetten Vortheil bringen, dagegen die Interessen nicht nur der vielen großen Gemeinden rechts und links der Wutach, sondern des ganzen Landes und vor Allem der Eisenbahnkasse schädigen würde, und daß eine Wutachtal-Bahn mit zu den einträglichsten Strecken unter den badijschen Eisenbahnen gehören werde. Obgleich man sich der Ueberzeugung nicht verschließen konnte, daß Regierung und Stände sich unter den obwaltenden Verhältnissen für einen Schienenweg durch das Wutachtal und gegen eine Randen-Bahn aussprechen werden, wie dies die öffentliche Meinung bereits mit Entschiedenheit gethan hat, so wollte man doch dem regen Eifer und heißen Wünsche der Beteiligten noch einen besondern Ausdruck verleihen, indem man neben der Abfertigung der bereits von 73 Gemeinden eingegebenen Witschriften auch die Abordnung einer Deputation beschloß, welche aus den Vertretern von 9 Distrikten zusammengesetzt sein wird. Ich will nicht zu erwähnen unterlassen, daß es in der Versammlung als sehr wünschenswert bezeichnet wurde, wenn auch einmal von militärischem

Standpunkte aus eine Beleuchtung der Wichtigkeit und Bedeutung der Wutachtal-Bahn der Öffentlichkeit übergeben würde.

Donaueschingen, 29. Nov. Mit unserem früher schon erwähnten Soolbad wird es nunmehr Ernst werden. Es wurde eine Generalversammlung gehalten, in welcher Mittheilung gemacht wurde über den Kostenaufwand, sowie über die Art der Weibringung der Mittel. Um einem Bedürfnis wie in Dürheim zu genügen, wurden in sehr hoher Berechnung 20,000 fl. als Anlagekapital angenommen, welche durch Aktien à 25 fl. beigebracht werden sollen. Dabei und bei einem mittleren Ertragnis stellte sich immerhin in der genauen Berechnung ein Zins von 10 Proz. heraus. Bereits wurde auch eine gegen 3 Morgen umfassende Wiese an dem Brigantanal, gerade gegenüber dem Bahnhof, angekauft, und es wird das hier zu errichtende Badhaus zugleich das erste Haus in der im Plane vorgesehenen neuen Stadtanlage sein. Die Soole wird zu mäßigem Preise von Dürheim bezogen. In Anbetracht, daß das Privatunternehmen hier, in welchem nur fünf Kabinette sind, im letzten Jahre dem Bedürfnis weitaus nicht genügen konnte, sieht dem größten Unternehmen, das vorrät auf 15-20 Kabinette berechnet ist, eine sichere Zukunft in Aussicht.

Karlsruhe, 30. Nov. (Großh. Hoftheater.) Die empfindlichen Plänen unseres Operpersonals, welche der Verwaltung bisher in Herstellung eines wechselvollen, künstlich gebiegenen Repertoires so manche schwer überwindliche Hemmnungen in den Weg legten, deren üble Folgen freilich weder durch mangelhaften Theaterbesuch, noch durch geringen Antheil des Publikums bisher zu empfinden waren, werden nun können kurzem sich zur allgemeinen Befriedigung ausfüllen. Nachdem für das jugendlich dramatische Fach neben Hrn. Erhardt eine vielversprechende Kraft in Hrn. Hausmann gewonnen worden, ist es der Generaldirektion nicht nur nach Anziehung aller Mittel gelungen, zwei talentvolle Ansänger, die H. H. Koflyagen und Bannich im Tenorsache zu stellen, denen in einer Schule, aus welcher Kräfte wie Brulliot, Körner, Schnorr und Andere hervorgegangen, Gelegenheit zur Entwicklung ihrer Kräfte geboten ist, sondern die Verwaltung hat auch mit dem namhaften Tenoristen Robert Unterhandlungen angeknüpft, der schon vor einiger Zeit auf dem Hoftheater zu München mit glänzendem Erfolge auftrat, nun aber seine letzte künstlerische Ausbildung bei dem berühmten Roger in Paris genossen hat. Wir haben in nächster Zeit sein Gastspiel zu erwarten, von dessen Erfolg seine Anstellung abhängen soll.

Mit Besorgnis hat man vernommen, daß das unschätzbare Talent des Hrn. Murjah, die unserer heitern Oper einen neuen Glanz verliehen, sehr verlockende Anträge von den Hoftheatern zu Wien, München und Dresden erhalten hat. Doch ist begründete Hoffnung vorhanden, und diese Herde der Oper, den mit so großem Recht gefeierten Liebling des Publikums zu erhalten. Diese neuen Kräfte, den so verdienstvollen vorhandenen zugefügt, sind sicher im Stande, den wohl begründeten Ruf des Karlsruher Hoftheaters in der Oper neu zu beleben.

W. Mannheim, 29. Nov. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, effektiv hiesiger Gegend, 200 Zollfund 11 fl. 30 G., 11 fl. 36 G., ungarischer 12 fl. 30 G., — fl. — B., fränkischer 11 fl. 24 bis 36 G., 11 fl. 40 P. — Roggen, eff. 9 fl. bis 9 fl. 6 G., 9 fl. 10 P., ungarischer — fl. — G., — fl. — P. — Gerste, eff. hies. Gegend 9 fl. bis 9 fl. 30 G., — fl. — B., fränkische 10 fl. 6 P., württembergische 9 fl. — bis 9 fl. 10 G., — fl. — B., Pfälzer 1. 9 fl. 36 G., 9 fl. 45 bis 10 fl. P. — Hafer, effektiv 100 Zollfund 3 fl. 50 G., 4 fl. — B. — Kernen, effektiv 200 Zollfund 11 fl. 15 G., 11 fl. 30 P. — Delsamen, deutscher Korbtraps — fl. — G., — fl. — B., ungarischer — fl. — G., — fl. — B. — Bohnen — fl. — G., 12-13 fl. P. — Linzen — fl. — G., — fl. — B. — Erbsen — fl. — G., — fl. — B. — Wicken — fl. — G., — fl. — B. — Kleefaren, deutscher 1. 28 fl. — G., — fl. — B., 11. — fl. — G., — fl. — B., Luzerner 25 fl. — G., — fl. — B. — Sparerette — fl. — G., — fl. — B. — Del: (mit Haß) 100 Zollfund, veräbl., effektiv Zuland, in Partien — fl. — G., 20 fl. 30 P., fahweise — fl. — G., 20 fl. 45 P. — Rübsl, effektiv Zuland, fahweise — fl. — G., 25 fl. — P., in Partien — fl. — G., 24 fl. 45 P. — Weizemehl, Nr. 0 — fl. — G., 9 fl. 40 P., Nr. 1 — fl. — G., 9 fl. — P., Nr. 2 — fl. — G., 8 fl. — P., Nr. 3 — fl. — G., 6 fl. 36 P., Nr. 4 — fl. — G., 5 fl. 36 P., norddeutsches im Verhältnis billiger. — Roggenmehl, Nr. 0-1, Stettiner — fl. — G., — fl. — P. — Brauntwein, eff. (50% n. Tr.) transit (150 Litres) — fl. — G., 18 fl. 30 P. — Syrril, 90%, transit — fl. — G., — fl. — P. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qual. 15 fl. 30 bis 15 fl. 45 P. Weizen und Roggen behauptet. Gerste und Hafer unverändert. Leinöl und Rübsl flülle. Petroleum ruhig.

Karlsruhe, 30. Nov. Bei der heute stattgehabten Serienziehung der großh. badijschen 35-fl.-Loose wurden folgende Nummern gezogen: 903, 1048, 1757, 2107, 2400, 2704, 3534, 3552, 3979, 4008, 4121, 4691, 4740, 4969, 5222, 5877, 6066, 6188, 6990 und 7794, welche die am 30. Dezember d. J. stattfindende 96. Gewinnziehung bilden.

Frankfurt, 30. Nov. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 229 1/4, Staatsbahn-Aktien 359 1/4, Silberrente 56 1/16, 1860r Loose 77 1/8, Amerik. Anleihe 90 1/16.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

28. Nov.	Baromet.	Thermomet.	Feuchtigkeit in Proz.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morgs. 7 Uhr	27° 4.3''	+ 8.7	0.92	E.W.	gg. bed.	Stm, Rgn, wrm.
Morgs. 2 "	27° 3.4''	+ 9.2	0.94	"	"	"
Nachts 9 "	27° 4.8''	+ 9.0	0.72	"	"	"

29. Nov.	Baromet.	Thermomet.	Feuchtigkeit in Proz.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morgs. 7 Uhr	27° 8.6''	+ 3.5	0.54	E.W.	w. bew. wind.	frisch
Morgs. 2 "	27° 9.9''	+ 2.5	0.59	"	b. bed.	"
Nachts 9 "	27° 9.2''	+ 2.6	0.55	"	gg. bed.	"

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Hermann.

Großherzogliches Hoftheater. Donnerstag 2. Dez. 4. Quartal. 130. Abonnementsvorstellung. Demetrius, Trauerspiel in 5 Akten, mit Benutzung des Schiller'schen Fragments, von Heinrich Laube.

Theater in Baden. Mittwoch 1. Dez. Der erste Glückstag, komische Oper in 3 Akten, von Auber.

